Landkreis Lüchow-Dannenberg 02.11.2026
Die Landrätin
01 - Büro der Landrätin

Sitzungsvorlage
Nr.: 2026/024
Antrag

Antrag von KTA Donat im Kreistag Lüchow- Dannenberg vom 01.11.2026: Information des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) über das weitere Vorgehen und Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Genehmigung der Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle (HAW) im Zwischenlager Gorleben

Ausschuss Atomanlagen	17.11.2026	**TOP 4**

Eingang per E-Mail am 01.11.2026

Sehr geehrte Frau Landrätin,

sehr geehrte Frau Bauer,

für den nächsten Ausschuss Atomanlagen beantrage ich (vorbehaltlich der Bildung dieses Ausschusses in der morgigen konstituierenden Sitzung des Kreistages) die beiden Tagesordnungspunkte:

1. Information des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) über das weitere Vorgehen und Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Genehmigung der Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle (HAW) im Zwischenlager Gorleben.

(Beratung und gegebenenfalls Beschlussfassung)

Ich bitte, zu dieser Sitzung auch Herrn Dr. Bunzmann, bzw. das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) mit Sachverständigen einzuladen und mit diesen abzusprechen, welche technischen Mittel sie für ihre Präsentationen benötigen.

Begründung:

Am 31.07.2026 hatte der Ausschuss Atomanlagen den Staatssakretär im BMUKN, Herrn Flasbarth, sowie den Abteilungsleiter für nukleare Sicherheit, Herrn Sikorski, zu Gast. Im Rahmen dieser Sitzung kündigten die Vertreter des Bundesministeriums an, auf die seit 2018 vorgetragenen Forderungen des Ausschusses reagieren zu wollen, im weiteren Genehmigungsverfahren die Öffentlichkeit stärker zu beteiligen und das Verfahren in verschiedenen Punkten der Sicherheit und der Sicherung "nachzuschärfen". Zu der Forderung des Kreistages Lüchow-Dannenberg nach einen bundesweiten Begleitverfahren zur Zwischenlagerung kündigte Herr Flasbarth an, sich auch aktiv an das Nationale Begleitgremium (NBG) zu wenden, das bislang nur den gesetzlichen Auftrag zur Begleitung der Endlagersuche in Deutschland hat.

Zwischenzeitlich fand eine Videokonferenz verschiedener Akteure mit dem BASE statt, in welcher die öffentliche Auslegung der Genehmigungsunterlagen zur Änderungsgenehmigung verlängerter Zwischenlagerung am Standort Gorleben für das Frühjahr 2027 und der Erörterungstermin für den Sommer 2027 angekündigt wurden. In dieser Konferenz wurde ebenfalls vereinbart, dass das BASE seine weiteren Pläne und Angebote für die Öffentlichkeit auch im Ausschuss Atomanlagen vorstellen würde, wodurch der Ausschuss eine direkte Antwort auf seine Anliegen und Forderungen erhielte und auch Fragen der Öffentlichkeit im Rahmen der Bürgerfragestunde beantwortet werden könnten.

Für diese Sitzung konnte noch in der Wahlperiode 2021 - 2026 während der Niedersächsischen Kommunalwahl leider kein möglicher Termin mehr gefunden werden. Da das Angebot des Bundesumweltministeriums, bzw. des Bundesamtes, jedoch bereits für die Zeit vor der Auslegung der Genehmigungsunterlagen im kommenden Frühjahr gilt und entsprechende Veranstaltungen und Gremiensitzungen Ladungsfristen unterliegen, sowie das Bundesamt signalisiert hat, Wünsche und Anregungen des Ausschusses in ihre Planungen aufzunehmen, besteht eine gewisse Eilbedürftigkeit.

Mit freundlichen Grüßen,

Martin Donat

Stellungnahme der Verwaltung:

entfällt

gez. D. Schulz